

## **Entschließungsantrag**

**der Abgeordneten Dr. Winfried Wolf, Dr. Dagmar Enkelmann, Petra Bläss,  
Dr. Ruth Fuchs, Dr. Barbara Höll, Dr. Gregor Gysi und der Gruppe der PDS**

**zu der Beratung der Großen Anfrage der Abgeordneten Elke Ferner, Michael Müller  
(Düsseldorf), Wolfgang Behrendt, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD  
– Drucksachen 13/5869, 13/8627 –**

### **Stauvermeidung und Umweltschonung durch Effizienzsteigerung im Straßenverkehr**

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Der Deutsche Bundestag stellt sich uneingeschränkt hinter die „Aktion Grundgesetz“, eine Initiative der „Aktion Sorgenkind“ und von 104 Verbänden und Organisationen der Behindertenhilfe und -selbsthilfe, insbesondere insoweit, als die Bedürfnisse behinderter Menschen und deren Mobilität angesprochen werden.
2. Der Deutsche Bundestag begrüßt die Aktivitäten im Rahmen des „Europäischen Protesttages zur Gleichstellung behinderter Menschen am 5. Mai“, die von den Behindertenverbänden im Rahmen dieser Aktion u. a. auf Bahnhöfen und in öffentlichen Verkehrsmitteln durchgeführt wurden. Damit wurde auf ein ernstzunehmendes Thema von Benachteiligung in unserer Gesellschaft aufmerksam gemacht.
3. Der Deutsche Bundestag nimmt zur Kenntnis, daß sich die Behindertenverbände mit ihrer „Aktion Grundgesetz“ auf den 1994 neu formulierten Artikel 3 Abs. 3 des Grundgesetzes berufen, wonach „niemand wegen seiner Behinderung benachteiligt werden (darf)“, wobei die „Aktion Grundgesetz“ feststellt: „Die Lebenssituation der Betroffenen verschlechtert sich zunehmend“ und bei den „Barrieren und Hindernissen“, vor

denen Menschen mit Behinderungen stehen, als erstes „öffentliche Verkehrsmittel“ nennt.

Bonn, den 7. Mai 1998

**Dr. Winfried Wolf**

**Dr. Dagmar Enkelmann**

**Petra Bläss**

**Dr. Ruth Fuchs**

**Dr. Barbara Höll**

**Dr. Gregor Gysi und Gruppe**